

URGENT ACTION

EX-POLITIKER GEFOLTERT

MYANMAR

UA-Nr: UA-080/2025 AI-Index: ASA 16/0219/2025 Datum: 22. August 2025 – as

LINN HTUT

Am 1. Februar 2021 wurde der damalige Regierungschef des Shan-Staats in Myanmar, Linn Htut, im Rahmen eines Militärputsches bei einer landesweiten Razzia gegen hochrangige Regierungsangehörige festgenommen. Nachdem man ihn Berichten zufolge gefoltert und Schlafentzug, Isolationshaft und unfairen Gerichtsverfahren ausgesetzt hatte, wurde Linn Htut auf der Grundlage konstruierter Anklagen wegen Korruption und Wahlbetrugs zu insgesamt 20 Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt. Im Februar 2025 erklärte die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung die Inhaftierung von Linn Htut für willkürlich und forderte seine sofortige Freilassung. Angesichts von 1.800 gemeldeten Todesfällen in Haft in Myanmar innerhalb von drei Jahren ist Linn Htut in großer Gefahr. Der 65-Jährige leidet an mehreren chronischen Erkrankungen, die durch jahrelange Folter und schlechte Haftbedingungen noch verschlimmert wurden. Das Militär in Myanmar muss Linn Htut umgehend und bedingungslos freilassen.

Die Lage des ehemaligen Regierungschefs des burmesischen Shan-Staats, Linn Htut, gibt Anlass zur Sorge. Linn Htut befindet sich derzeit in Haft, weil er eine 20-jährige Freiheitsstrafe auf der Grundlage konstruierter Anklagen verbüßt. Sein Gesundheitszustand hat sich verschlechtert und er ist Menschenrechtsverletzungen wie Isolationshaft und Folter ausgesetzt. Linn Htut muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden und in der Zwischenzeit die notwendige medizinische Versorgung erhalten. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen hat festgestellt, dass die Inhaftierung von Linn Htut willkürlich ist, da sie auf einem Geständnis basiert, das ihm durch Folter wie Schlafentzug und stundenlange Verhöre abgerungen wurde. Seine Entführer*innen sollen ihm gesagt haben, dass er freigelassen würde, wenn er sich bereit erkläre, die Militärherrschaft zu unterstützen, was er jedoch ablehnte. Dies deutet darauf hin, dass Linn Htut ausschließlich wegen seiner politischen Position als Regierungschef des Shan-Staats und wegen seiner Zugehörigkeit zur Partei *National League for Democracy* (NLD) ins Visier genommen wurde. Der mittlerweile 65-jährige Linn Htut leidet an verschiedenen Erkrankungen wie Diabetes und Bluthochdruck. Er ist insbesondere aufgrund der schlechten und unhygienischen Bedingungen in Haftanstalten erheblichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

Verstärkt wird die Sorge um Linn Htut noch durch einen Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte vom September 2024. Darin wird festgestellt, dass in Myanmar zwischen Februar 2021 und Juni 2024 mindestens 1.800 Menschen in Haft gestorben sind. Unter ihnen befanden sich der NGO *Political Prisoners Network-Myanmar* zufolge mindestens 130 politische Gefangene, die seit dem Putsch von 2021 aufgrund von Menschenrechtsverletzungen bei Verhören, anderen Misshandlungen oder der Verweigerung einer angemessenen medizinischen Versorgung gestorben sind. Die Menschenrechtsorganisation *ASEAN Parliamentarians for Human Rights* erklärte die fortgesetzte Inhaftierung politischer Gefangener in Myanmar zum „Schandfleck für unser regionales Gewissen“.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Linn Htut war zum Zeitpunkt seiner Festnahme am 1. Februar 2021 Regierungschef des Shan-Staates für die Partei *National League for Democracy* (NLD) in zweiter Amtszeit. Als er in der Gouverneursresidenz in Taunggyi festgenommen wurde, legte man ihm weder einen Haftbefehl vor noch nannten die Sicherheitskräfte den Grund für seine Festnahme, bevor man ihn in eine Militärkaserne brachte. Am folgenden Tag wurde er in die Residenz zurückgebracht und zusammen mit seiner Familie für eine Woche unter Hausarrest gestellt. Am 10. Februar 2021 brachte ihn das Militär erneut gewaltsam in eine geheime Haftanstalt in Taunggyi, der Hauptstadt des Shan-Staates, wo er bis Juli 2021 ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO: SozialBank IBAN: DE23370205000008090100

BIC: BFSWDE33XXX

AMNESTY
INTERNATIONAL



Laut der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen ist Linn Htut ein „angesehener politischer Führer, der sich für die Entwicklung der Gemeinschaft engagiert, Hilfskampagnen geleitet und Spenden für wohltätige Zwecke gesammelt hat“.

Die Arbeitsgruppe stellte ferner fest, dass Linn Htut ihrer Quelle zufolge im Mai 2021 gefoltert und anderweitig misshandelt wurde. Dabei soll ihm ein Militärangehöriger des Shan-Staates gesagt haben, dass er aus der Haft entlassen würde, wenn er sich bereit erklärte, das Militärregime zu unterstützen und sich diesem anzuschließen. Dies habe Linn Htut jedoch abgelehnt. Anschließend wurde er Berichten zufolge gefoltert, um ein falsches Geständnis wegen Korruption zu erzwingen, und zwei Wochen lang Schlafentzug ausgesetzt sowie stundenlangen Verhören ohne Rechtsbeistand oder Pause unterzogen.

Im Juli 2021 wurde er in das Staatsgefängnis von Nyaung Shwe verlegt, wo er in Isolationshaft gehalten und daran gehindert wurde, mit anderen politischen Gefangenen zu sprechen. Außerdem soll seine Zelle von Ratten und Ameisen befallen gewesen sein.

Im August 2021 begann der Prozess gegen Linn Htut in einem provisorischen Gerichtsgebäude neben dem Staatsgefängnis, zu dem weder seine Familie noch die Medien Zugang hatten. Während der tagelangen Verhandlungssitzungen erhielt er weder Essen noch Wasser, und er wurde nachts verhört. Zwischen Januar und November 2022 wurde Linn Htut von mindestens zwei Gerichten auf der Grundlage konstruierter Anklagen wegen Korruption, Wahlbetrugs und der Beteiligung an Wahlkampagnen zu insgesamt 20 Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt.

Im Dezember 2022 wurde er in das berüchtigte Tharyarwaddy-Gefängnis in der Bago-Region verlegt, wo er derzeit seine Haftstrafe verbüßt. Linn Htut leidet unter mehreren gesundheitlichen Problemen, darunter Herzrhythmusstörungen, Diabetes und Bluthochdruck sowie Durchfall und Schmerzen in der Achillessehne, für die er Berichten zufolge keine angemessene medizinische Behandlung erhält. Seit seiner Festnahme wurde ihm lediglich ein viertelstündiger Besuch seiner Familie im Tharyarwaddy-Gefängnis gewährt.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte lassen Sie Linn Htut unverzüglich und bedingungslos frei.
Sorgen Sie bis zu seiner Freilassung dafür, dass er in der Haft keiner Folter oder anderen Misshandlungen ausgesetzt ist und regelmäßigen Zugang zu seiner Familie, einem Rechtsbeistand und medizinischer Versorgung erhält.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

CHEF DER MILITÄRREGIERUNG

Min Aung Hlaing

Naypyidaw

Myanmar

(Anrede: To Min Aung Hlaing / Sehr geehrter Herr General

Min Aung Hlaing)

E-Mail: sacministry1234@gmail.com

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK DER UNION MYANMAR

Herrn Han Thein Kyaw

Gesandter-Botschaftsrat

Thielallee 19

14195 Berlin

Fax: 030-2061 5720

E-Mail: info@meberlin.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch, Birmanisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Dezember 2025** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately and unconditionally release Linn Htut.
- Pending his release, ensure that he is not subjected to further torture and other ill-treatment while in detention, and that he has adequate access to his family, lawyers and healthcare.

AMNESTY
INTERNATIONAL



HINTERGRUNDINFORMATIONEN (FORTSETZUNG)

Im September 2024 veröffentlichte der UN-Hochkommissar für Menschenrechte einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in Myanmar seit dem Militärputsch im Februar 2021. In dem Bericht wurde u. a. hervorgehoben, dass mindestens 27.400 Personen festgenommen wurden und mindestens 1.853 Menschen – darunter 88 Kinder und 125 Frauen – in Haft starben, nachdem sie Menschenrechtsverletzungen bei Verhören oder anderen Misshandlungen in Haft ausgesetzt waren oder ihnen eine angemessene medizinische Versorgung verweigert wurde. Der Bericht betonte auch die „weite Verbreitung“ von Folter und andere Misshandlungen in militärischer Haft. Dazu gehöre neben anderen brutalen Methoden, dass Häftlinge „ohne Nahrung und Wasser an der Decke aufgehängt werden, gezwungen werden, auf harten oder scharfen Gegenständen zu knien oder zu kriechen, ihnen mit Schlangen und Insekten Angst eingejagt wird, dass sie geschlagen werden ... und ihnen Körperteile abgeschnitten werden“. Es gab auch Berichte über sexualisierte Gewalt.

Im Juli 2025 forderte die Menschenrechtsorganisation *ASEAN Parliamentarians for Human Rights* die Staats- und Regierungschef*innen der Region auf, die unmittelbare Freilassung politischer Gefangener ganz oben auf ihre Agenda zu setzen, und bezeichnete deren andauernde Inhaftierung als „Schandfleck auf dem Gewissen unserer Region“. Einem Bericht der NGO *Political Prisoners Network-Myanmar* zufolge starben im gleichen Jahr mindestens 31 politische Gefangene in den Gefängnissen der Militärregierung an den Folgen einer schlechten medizinischen Versorgung und unmenschlichen Behandlung. Nach ihren Angaben starben darüber hinaus nach dem Erdbeben mit einer Stärke von 7,7, das Myanmar am 28. März 2025 heimsuchte, mindestens 70 Häftlinge, darunter 49 politische Gefangene, im Obo-Gefängnis in der Mandalay-Region.

